

Streit um Flüchtlingsunterkunft: Uni vs. Senat

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem sorgen für Kontroverse. Erfahren Sie mehr über den Widerstand der Freien Universität gegen den geplanten Bau. #Berlin #Flüchtlinge #FUBerlin #Proteste

Das geplante Aufstellen von Flüchtlingscontainern auf dem brachliegenden Unigelände an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem sorgt für Aufruhr. Die Freie Universität (FU) zeigt Widerstand gegen diese Maßnahme, da sie ursprünglich auf dem Gelände ein eigenes Gebäude für Lehre und Forschung errichten wollte. Die FU-Kanzlerin Andrea Güttner und Berlins Flüchtlingskoordinator Albrecht Broemme stehen in Verhandlungen über die Nutzung des Grundstücks, wobei die Uni darauf beharrt, dass die Fläche ab 2023 für eigene Baumaßnahmen benötigt wird.

Die FU fühlt sich übergangen, da die Senatspläne ohne Zustimmung der Hochschulleitung bekannt wurden. Obwohl die Uni grundsätzlich bereit ist, geflüchtete Menschen zu unterstützen, weist sie darauf hin, dass aufgrund von Sanierungsbedarf und Bauplanungen keine Alternativflächen zur Verfügung stehen. Die FU schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe des Unigeländes zu nutzen, die bereits in der Vergangenheit als Flüchtlingsunterkünfte dienten.

Der Senat genehmigte Ende März den Bau von 16 weiteren Containerdörfern, um den akuten Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge zu adressieren. Die Standorte konzentrieren sich hauptsächlich im Ostteil der Stadt, was dazu führt, dass Bezirke

wie Pankow zunehmend mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen. In vornehmen Stadtteilen wie Steglitz-Zehlendorf und der FU-Region entstehen ebenfalls Containerdörfer, was auf Widerstand und Spott in sozialen Medien stößt.

Die Debatte um die Flüchtlingscontainer auf dem Unigelände verdeutlicht die Spannungen zwischen Unterbringungsbedarf und anderen Nutzungsvorstellungen von städtischen Flächen. Die Diskussion um die geplante Maßnahme reflektiert auch die allgemeine Herausforderung für Berlin, ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge bereitzustellen, während gleichzeitig Bedenken bezüglich der eigenen baulichen Entwicklungspläne bestehen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de